

DRINGLICHE INTERPELLATION

Gegen das Verkehrschaos am Gotthard

Angesichts der Erfahrungen und Entwicklungen der letzten Monate muss die berechnigte Frage gestellt werden, ob die vertraglichen Abmachungen der Schweiz mit der EU ausgewogen oder die Belastungen unseres Landes und vor allem der Gotthardkantone Uri und Tessin ausser Kontrolle geraten und unverhältnismässig sind.

Das Dosierungssystem zwischen Erstfeld und Amsteg ist für die Anwohner nicht mehr länger zu ertragen. Dröhnende Lastwagenmotoren, Mehrbelastung der Luft, Hubkonzerte, Verwüstung des Lebensraum durch Unrat sind die täglichen Immissionen der sonst schon geplagten Anwohner in Folge fehlender Lärmschutzwände. Zurzeit macht sich in der Bevölkerung Unmut und Unsicherheit breit über den Belagerungszustand durch Lastwagen. Urner Unternehmer, welche seit der Eröffnung des Gotthardtunnels im Jahre 1980 im Tessin aktiv geworden sind, werden finanziell hart getroffen, da sie in ihren Geschäftstätigkeiten behindert werden. Es geht nicht an, dass der Bund, aus welchen Gründen auch immer, Massnahmen trifft, die den internationalen Transitverkehr auf der Strasse treffen sollte, dabei aber unseren Lebensraum am meisten trifft.

Gestützt auf Artikel 84 der Geschäftsordnung des Urner Landrates ersuche ich den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen.

- 1 Ist der Regierungsrat bereit, alles zu unternehmen, dass dieser Belagerungszustand durch LKWs aus dem Kanton Uri verschwindet?**
- 2 Ist der Regierungsrat auch der Meinung, dass die Zustimmung zu einem Kompetenzzentrum in Uri welches 50'000 m² Kulturland benötigt, die Bemühungen und die Glaubwürdigkeit der Forderung nach einer Neat-Bergvariante unterlaufen?**
- 3 Ist der Regierungsrat bereit, zusammen mit der Tessiner Regierung beim Bundesrat zu intervenieren, dass Urner- und Tessinerunternehmer durch das Dosierungssystem Richtung Süden und umgekehrt, nicht länger diskriminiert werden gegenüber dem internationalen Transitverkehr?**

4 Was unternimmt der Regierungsrat, damit der Lebensraum Uri nicht noch mehr durch nationale und internationale Interessen negativ belastet wird.

Erstfeld, 12. April 2002

Der Erstunterzeichner:

Landrat, Indergand Martin

DRINGLICHE INTERPELLATION

Gegen das Verkehrschaos am Gotthard

Begründung:

Weil man von einer falschen Sicherheit im Gotthardtunnel ausgegangen war, mussten am 24. Oktober 2001 elf Menschen auf tragische Weise ihr Leben lassen. Seit der Wiedereröffnung des Tunnels, will man mit einer richtungsgetrenten Fahrweise für LKWs Schlimmeres verhindern. Diese Massnahme bedingt ein Dosierungssystem auf beiden Seiten des Gotthardstrassentunnels. Wartezeiten bis zu vier Stunden und mehr, kilometerlange Lastwagenkolonnen mit all ihren Immissionen sind das bedauerliche Resultat für Anwohner und Betroffene. Seit der Eröffnung des Gotthardtunnels 1980 wurden viele wichtige Aktivitäten zwischen Unternehmungen beider Kantone Tessin und Uri aufgebaut. Aber auch für den Tourismus ist diese Verbindung von enormer Wichtigkeit. Dieses Dosierungssystem wird zu einer existentiellen Belastung einiger Unternehmer. Transporteure im internationalen Verkehr benützen die Wartezeit als gesetzliche Ruhezeit (über die Qualität einer solchen Ruhezeit lässt sich streiten). Urner Unternehmer müssen diese Kosten selber tragen. Entlassungen durch Arbeitsplatzverlegungen in Nachbarkantone oder sogar in das benachbarte Ausland sind die logische Konsequenz. Unternehmer aus Uri und Tessin dürfen nicht mehr länger zu Gunsten einer unkontrollierten Verkehrspolitik behindert werden. Uri und Tessin sind die einzigen Kantone in der Schweiz, welche im Binnenverkehr durch politische Massnahmen im gegenseitigen Strassenverkehr benachteiligt werden. Der Staukorridor ist für Uri unannehmbar und muss aus Sicherheitsgünden in die Nähe der Grenzübergänge verlegt werden. Lastwagen die dem Sicherheitsstandart unseres Landes nicht genügen, müssen an der Grenze zurück- und abgewiesen werden und nicht erst nach 150 km Fahrt durch die Schweiz. Ein übermüdet oder alkoholisiert Fahrer, der weiss, dass an der Grenze scharf kontrolliert wird, überlegt sich zweimal, ob er durch die Schweiz fahren will.

Auch ein Kompetenzzentrum mit Abstellplätzen mit rund 50'000 m² Kulturland, ist in Uri aus umweltpolitischen Gründen nicht realisierbar. Eine solche Zusage würde die Forderung Uris für eine umweltgerechte Zufahrtslinie bei der NEAT unterlaufen. Durch nationale Infrastrukturen wird dem Urner Reusstal bereits heute viel zugemutet. Schon jetzt werden im engen Tal sehr hohe Immissionswerte gemessen, verursacht durch die A2 und A4 sowie die Gotthardbahn und die Hochspannungsleitungen. Die geplante Neat wird je nach dem, die Situation noch verschärfen. Uri darf in seiner Entwicklung nicht länger durch nationale und internationale Interessen behindert und belastet werden. Ich habe nichts gegen Lastwagen, da

auch wir auf sie angewiesen sind. Ich habe nichts gegen die Verbesserung der Sicherheit im Tunnel, wenn dabei Rücksicht auf unseren Lebensraum genommen wird.

Erstfeld, 12. April 2002

Der Erstunterzeichner:

Landrat, Indergand Martin